

WP-Update

Fragile Erholung unter globalen Herausforderungen

Deutschland-Monitor 1/2026

Ende 2025 zeigte die deutsche Wirtschaft nach drei wirtschaftlich schwachen Jahren einen moderaten Aufwärtstrend. Getragen wurde das Wachstum vor allem von inländischen staatlichen Impulsen, insbesondere durch die zunehmend expansive Fiskalpolitik der Regierung. Vom Exportgeschäft gehen hingegen nur geringe Wachstumsbeiträge aus, da es aufgrund struktureller Herausforderungen, zunehmenden Wettbewerbsdrucks aus China sowie der anhaltenden Unsicherheit im Zusammenhang mit den US-Zöllen nur wenig Dynamik entfaltet. Zusätzlich stellt der Iran-Konflikt seit Ende Februar 2026 einen weiteren Risikofaktor dar. Zwar ist derzeit – anders als im Jahr 2022 während des russischen Angriffs auf die Ukraine – keine akute Angebotsknappheit bei Rohöl und Erdgas zu erwarten, dennoch wirkt sich der Anstieg der globalen Energiepreise auch auf Deutschland aus. Darüber hinaus erhöhen die eingeschränkte Passierbarkeit der Straße von Hormus sowie die Sperrung des Luftraums über der Konfliktregion das Risiko globaler Lieferkettenstörungen, insbesondere zwischen Europa und Asien. Auch im laufenden Jahr werden geopolitische Spannungen, wachsender Protektionismus und eine verhaltene globale Nachfrage die deutsche Wirtschaft weiterhin beeinflussen. Die staatliche Ausgabentätigkeit dürfte somit auch 2026 die wesentliche Determinante des Wirtschaftswachstums bleiben.

Makroindikatoren auf einen Blick

Reale Veränderung zum Vorjahr in % (Vorkriegsszenarien)	Deutschland			Österreich		
	2025	2026	2027	2025	2026	2027
BIP	0,2	1,0	1,2	0,6	0,8	1,1
Verbraucherpreise	2,2	2,0	2,2	3,6	2,4	2,1
Privater Konsum	1,6	1,1	0,6	0,5	0,7	1,4
Exporte	-0,4	0,4	1,1	0,3	0,4	2,1

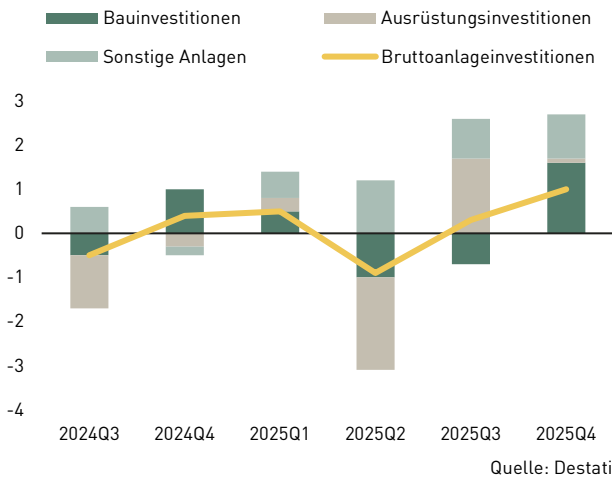
Quelle: ifo, OeNB.

Nahost-Konflikt dämpft Deutschlands Konjunkturausblick

Nachdem das BIP-Wachstum in Deutschland 2025 nur geringfügig um 0,2 % gestiegen ist, prognostiziert das ifo-Institut für das laufende Jahr ein Anstieg von 1,0 %, der jedoch durch den Nahost-Konflikt gedämpft werden könnte. Selbst bei einer schnellen Deeskalation, bei der die Rohöl- und Erdgaspreise nur kurzfristig steigen, könnte sich das BIP-Wachstum im Jahr 2026 auf 0,8 % verringern. Bei einem länger anhaltenden Konflikt, verbunden mit einem stärkeren und dauerhaften Anstieg der Energiepreise, könnte das Wachstum dieses Jahr sogar auf 0,6 % sinken. In diesem Fall wären die Auswirkungen auch im nächsten Jahr noch spürbar: Das BIP-Wachstum könnte 2027 auf lediglich 0,8 % sinken. Auch die OeNB revidiert ihre Prognose für das österreichische BIP-Wachstum auf 0,5 % (2026) und 1,0 % (2027) nach unten. Die Inflation dürfte in Deutschland 2026 infolge steigender Energiepreise auf 2,2 % (Deeskalation) bzw. 2,5 % (Eskalation) ansteigen. Die OeNB prognostiziert für 2026 sogar einen Anstieg der Inflation auf 2,7 %. Dies würde die Kaufkraft der privaten Haushalte belasten und das Wachstum des privaten Konsums von ursprünglich 1,1 % auf 0,9 % (Deeskalation) bzw. 0,7 % (Eskalation) dämpfen. Das Exportwachstum, das 2026 eigentlich wieder leicht an Dynamik gewinnen sollte, könnte sich ebenfalls abschwächen und lediglich 0,3 % (Deeskalation) bzw. 0,0 % (Eskalation) erreichen.

Bruttoanlageinvestitionen

Ggü. Vorquartal (%), preis-, kalender- und saisonbereinigt

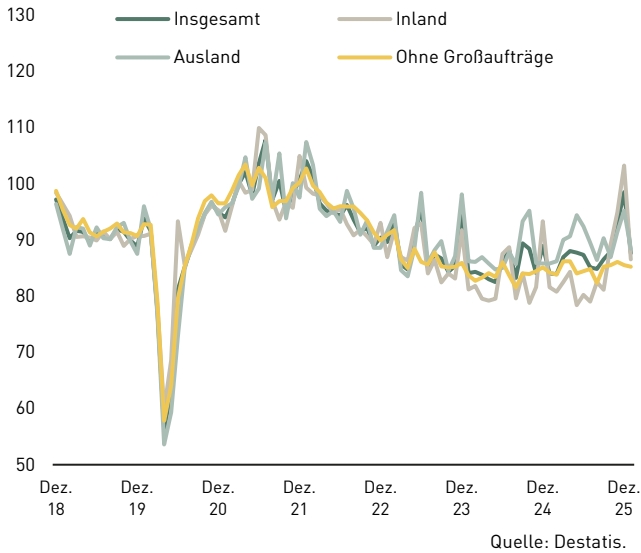


Staatliche Ausgaben tragen Investitionen

Nach Rückgängen im zweiten und dritten Quartal 2025 stiegen die Bauinvestitionen im vierten Quartal um 1,6 % an, lagen im Gesamtjahr jedoch um 0,6 % unter Vorjahresniveau. Ausrüstungsinvestitionen legten im dritten Quartal um 1,7 % zu, schwächten sich im vierten Quartal jedoch auf 0,1 % ab. Trotz steigender staatlicher Ausgaben gingen sie 2025 aufgrund rückläufiger privater Investitionen (-5,8 %) insgesamt um 1,9 % zurück. Auch 2026 werden sich die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen angesichts steigender Rüstungsausgaben ausweiten. Die Investitionen in sonstige Anlagen stiegen im vierten Quartal um 1,0 % und im Gesamtjahr um 3,8 %. Getragen vom KI-Boom und zusätzlichen öffentlichen Investitionen dürfte das Wachstum auch 2026 anhalten (IfW Kiel).

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Index (2021 = 100), kalender- und saisonbereinigt

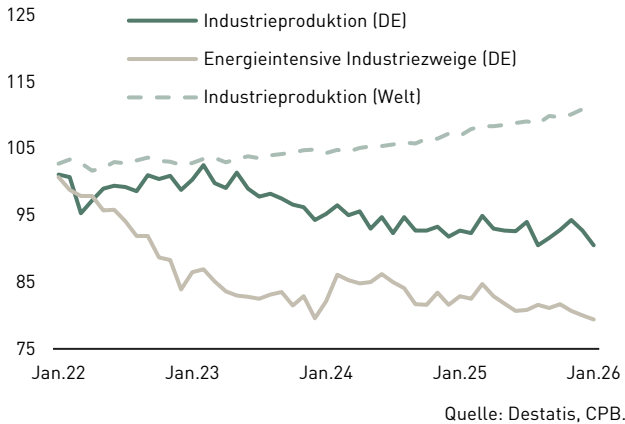


Überraschendes Auftragsplus Ende 2025

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe erreichte im Dezember 2025 seinen höchsten Stand seit Februar 2022 und stieg um 6,4 % gegenüber dem Vormonat, vor allem aufgrund inländischer, staatlicher Großaufträge. Besonders profitierten Branchen im Umfeld von Rüstungs- und Infrastrukturausgaben, etwa Metallerzeugnisse (+30,2 %) und der Maschinenbau (+11,5 %), während die Automobilindustrie einen Rückgang von 6,3 % verzeichnete, insbesondere aufgrund schwächerer Nachfrage aus Drittstaaten (BMWE). Im Januar 2026 folgte laut vorläufigen Angaben jedoch ein deutlicher Rückgang der Auftragseingänge um 11,1 % gegenüber dem Vormonat (ohne Großaufträge: -0,4 %). Besonders betroffen waren die zuvor stark gewachsene Bereiche Metallerzeugnisse (-39,4 %) und Maschinenbau (-13,5 %), während die Automobilindustrie (+10,4 %) und der sonstige Fahrzeugbau (+9,2 %) zulegten (Destatis).

Industrieproduktion

Index (2021 = 100), kalender- und saisonbereinigt

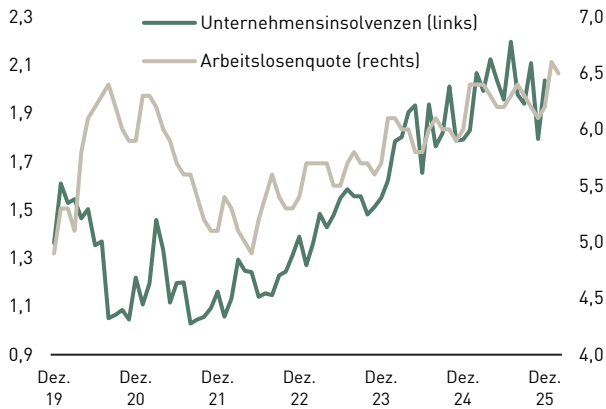


Industrieproduktion schwächelt weiter

Die deutsche Industrieproduktion sank im Dezember 2025 um 3,0 % gegenüber dem Vormonat und verzeichnete im Januar 2026 einen weiteren Rückgang von 2,5 % (vorläufig). Damit entfernt sie sich zunehmend von der globalen Industrieproduktion. Energieintensive Industriezweige verbuchten im Januar ein Minus von 0,8 % (Destatis). Der Nahost-Konflikt könnte die deutsche Industrie durch potenzielle Lieferengpässe und steigende Energiekosten zusätzlich belasten. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe entwickelt sich hingegen robuster, was auf den wachsenden Dienstleistungsanteil in der Industrie zurückzuführen ist (Lehmann et al.).

Unternehmensinsolvenzen und Arbeitslosenquote

Anzahl in Tausend (links), in % (rechts)



Quelle: Destatis.

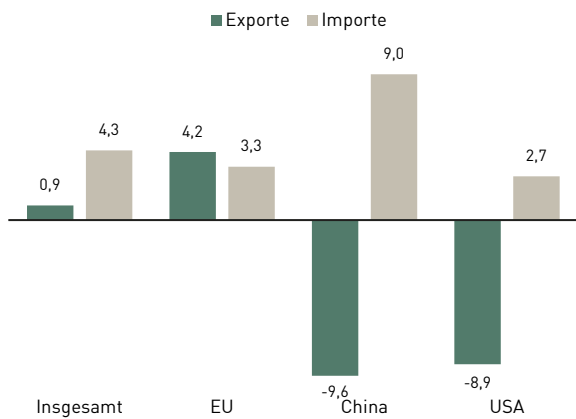
Hohe Insolvenzzahlen belasten den Arbeitsmarkt

Im Jahr 2025 wurden gut 24.000 Unternehmensinsolvenzen registriert, 10,3 % mehr als im Vorjahr. Damit entfielen 69 Insolvenzen auf 10.000 Unternehmen, nach 63,5 im Jahr 2024. Besonders betroffen waren die Branchen Verkehr und Lagerei sowie das Gast- und Baugewerbe (Destatis). Insgesamt sanken die Gläubigerforderungen trotz steigender Insolvenzen, da weniger wirtschaftlich bedeutende Unternehmen betroffen waren. Laut dem IWH-Insolvenztrend werden auch im ersten Quartal 2026 hohe Insolvenzzahlen erwartet. Allein im Februar 2026 waren in den größten 10 % der insolventen Unternehmen mehr als 23.000 Arbeitsplätze betroffen. Im Januar 2026 lag die Zahl der Arbeitslosen bei über drei Millionen – der höchste Januar Wert seit zwölf Jahren.

Fokus: Internationaler Handel

Deutschlands Warenhandel

Veränderung 2025 ggü. 2024 [%]



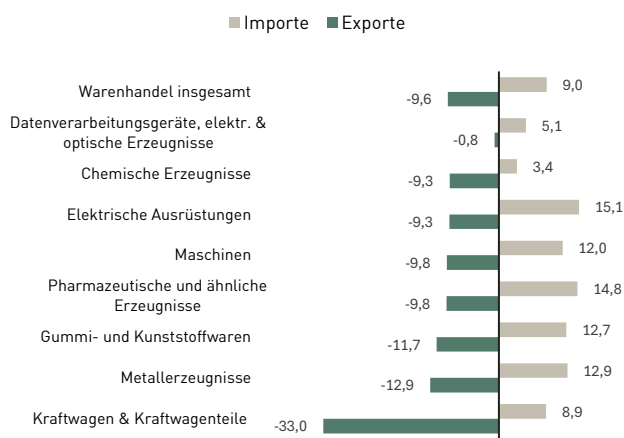
Quelle: Destatis Außenhandelsstatistik.

China ist wieder wichtigster Handelspartner

China löste die USA im Jahr 2025 erneut als wichtigsten Handelspartner Deutschlands ab. Bereits 2016 bis 2023 belegte die Volkswirtschaft diesen Rang und konnte auch 2025 mit einem Gesamtwarenhandel (Exporte und Importe) von nahezu 252 Mrd. Euro hervortreten. Ausschlaggebend hierfür war vor allem der deutliche Anstieg der Importe aus China (+9,0 %), während Exporte nach China um 9,6 % zurückgingen. Auch die Exporte in die USA sanken um 8,9 %. Dennoch bleiben die Vereinigten Staaten mit Importen im Wert von rund 147 Mrd. Euro im Jahr 2025 das wichtigste Abnehmerland deutscher Exporte. Insgesamt verringerte sich der deutsche Exportüberschuss im Jahr 2025 auf ca. 201 Mrd. Euro und lag damit rund 41 Mrd. Euro unter dem Vorjahreswert.

Veränderung des deutschen Warenhandels mit China

Veränderung 2025 ggü. 2024 [%]



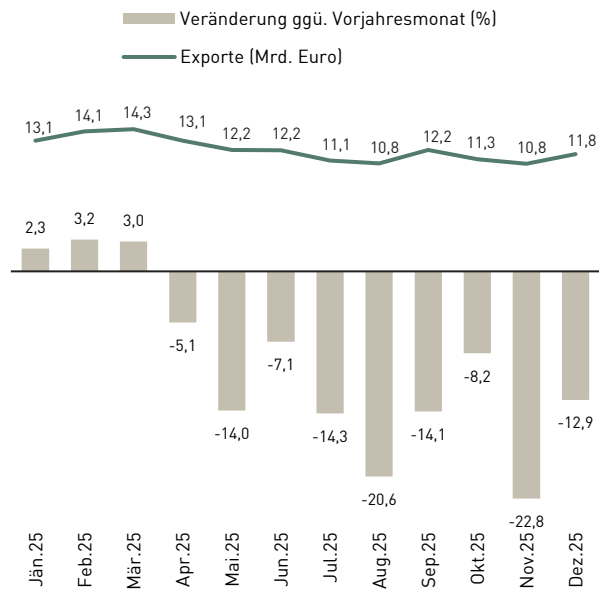
Quelle: Destatis Außenhandelsstatistik.

Exporte nach China brechen in Schlüsselindustrien ein

Am stärksten vom Rückgang der Exporte nach China betroffen war 2025 die Automobilindustrie, deren Exporte im Vergleich zu 2024 um 33 % sanken. Gegenüber 2022, als Automobilexporte mit knapp 30 Mrd. Euro ihren Höchststand erreichten, sanken sie 2025 über 50 % auf 13,6 Mrd. Der Anteil dieser Exporte am Gesamtvolumen deutscher Lieferungen nach China fiel damit von 28 % (2022) auf 16,8 % (2025). Automobilimporte aus China stiegen 2025 hingegen um fast 9 %, was Chinas wachsende Rolle in der Branche verdeutlicht. Inzwischen hat der Maschinenbau mit einem Anteil von 20,5 % (2025) die Automobilindustrie als wichtigste Exportbranche nach China abgelöst. Doch auch Maschinenexporte gingen im vergangenen Jahr um fast 10 % zurück, während deren Importe um 12 % zunahm, wodurch der Exportüberschuss in dieser Branche schrumpfte (IW Köln).

Entwicklung der deutschen Exporte in die USA

Kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Destatis Außenhandelsstatistik.

Exporte in die USA von Zöllen belastet

Zwar bleiben die USA der wichtigste deutsche Exportpartner, doch die US-Zollpolitik und die damit verbundene Unsicherheit spiegeln sich auch negativ in den deutschen Exportwerten wider. Auch die im Februar 2026 vom Obersten US-Gerichtshof für rechtswidrig erklärten IEEPA-Zölle dürften kaum Auswirkungen auf die deutschen Warenausfuhren haben ([IfW Kiel](#)). Während die Exporte in die USA im ersten Quartal 2025 aufgrund von Vorzieheffekten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch um knapp 3 % anstiegen, verzeichneten sie im weiteren Jahresverlauf – insbesondere im dritten Quartal mit rund 16 % – deutliche Rückgänge. Wie auch im Fall Chinas gingen 2025 die Exporte von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit über 17 % am stärksten zurück. Auch chemische Erzeugnisse sowie Maschinen verzeichneten mit knapp 15 % bzw. über 8 % erhebliche Einbußen. Dies ist besonders bedeutsam, da diese drei Kategorien zusammen mehr als 40 % der gesamten Exporte in die USA ausmachen.

FAZIT: Auch im Jahr 2026 zeichnen sich erhebliche Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft ab. Um die negativen Auswirkungen geopolitischer Spannungen, steigender Energiepreise und struktureller Exporthemmnisse abzufedern, sind gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich. Reformen sollten darauf abzielen, strukturelle Hindernisse abzubauen, Standortbedingungen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsselindustrien zu stärken, um sowohl die Produktion als auch die Exporte und privaten Investitionen zu fördern ([BMW](#)). Öffentliche Mittel, wie im Rahmen des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) vorgesehen, sollten dabei gezielt als zusätzliche Investitionen in wachstumswirksame Bereiche wie Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung fließen, um [Zweckentfremdungen der Gelder](#) zu vermeiden. Europapolitisch sind für unseren wichtigsten Handelspartner ähnliche Weichenstellungen entscheidend, wie für die österreichische Wirtschaft. So bietet die Stärkung des EU-Binnenmarkts einen zentralen Hebel, um Abhängigkeiten von China und den USA zu verringern, während eine stärkere Diversifizierung der Exportmärkte durch neue Handelsabkommen den Außenhandel stabilisiert.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Theresa Francke,
theresa.francke@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 5336
26. März 2026